liehen Entwicklung das Rahmenstatut, den Rahmenstellen- und -strukturplan sowie die Rahmenarbeitsordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Kreisbuchungsstationen und Bezirksrechenzentren bis zum 29. Februar 1964 zu erlassen.

6. Damit die Kreisbuchungsstationen in den landwirtschaftlichen Betrieben eine exakte finanztechnische Anleitung und Unterstützung geben können, erhalten die Produktionsleitungen der Kreislandwirtschaftsräte die Möglichkeit, 1 bis 2 Ökonomen einzustellen. Die Finanzierung erfolgt aus Einsparungen im Lohnfonds des Finanz- und Verwaltungspersonals der VEB, MTS/RTS und sonstiger den Produktionsleitungen der Kreislandwirtschaftsräte unterstellter Betriebe mit dem Vorbehalt, daß auch die Finanzierung des neuzubildenden Staatlichen Komitees für Landtechnik und materiell-technische Versorgung gesichert wird.

Die Produktionsleitung des Kreislandwirtschaftsrates wird ermächtigt, bereits vor Abschluß des Aufbaues des Staatlichen Komitees für Landtechnik und materiell-technisch* Versorgung und seiner nachgeordneten Einrichtungen Planstellen und entsprechende Finanzierungsmittel vorläufig für die Kreisbuchungsstationen zu verwenden, wenn Einsparungen im Lohnfonds des Verwaltungs- und Wirtschaftspersonals der MTS/RTS gegenüber dem Plan 1964 vorliegen.

7. Die in den Kreisbuchungsstationen und Bezirksrechenzentren maschinell ablehnenden Betriebe haben zur Deckung der Kosten Gebühren zu entrichten, die die bei den Kreisbuchungsstationen und Bezirksrechenzentren für die maschinelle Abrechnung entstehenden Kosten decken. Die Gebühren sind vom Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen festzulegen.

8. Die für die Entwicklung von jährlich zwei Bezirksrechenzentren und für die laufende sowie Ersatzbestaffung in den Bezirksrechenzentren erforderlichen Investitionen sind aus den dem Landwirtschaftsrat beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung stehenden Investitionen für die Landwirtschaft zu finanzieren.

Berlin, den 12. Dezember 1963

Der Ministerrat

der Deutschen Demokratischen Republik

Der Vorsitzende
des Landwirtschaftsrates*
beim Ministerrat
der Deutschen
Demokratischen Republik

St o p h

Erster Stellvertreter
des Vorsitzenden
des Ministerrates

E w a l d

Minister

Neunte Durchführungsbestimmung* zur Verordnung über die Vergütung der Tätigkeit der Lehrkräfte an den Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik.

— Rechtsstellung der nebenamtlichen Fachschullehrer —

Vom 15. Januar 1964

Auf Grund des § 12 der Verordnung vom 22. Januar 1953 über die Vergütung der Tätigkeit der Lehrkräfte an den Fachschulen (GBl. S. 202, Ber. S. 956) wird im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Der Direktor einer Fachschule kann mit Personen, die anderweitig in einem Arbeitsrechtsverhältnis oder in keinem Arbeitsrechtsverhältnis stehen, einen Honorarvertrag zur Übernahme von Aufgaben eines Fachschullehrers, insbesondere über die Ausübung einer Unterrichtstätigkeit, abschließen.

(2) Der Umfang des Unterrichts soll bei nebenamtlichen Fachschullehrern, die anderweitig in einem Arbeitsrechtsverhältnis stehen, 4 Wochenstunden in der Regel nicht überschreiten.

(3) Bei nebenamtlichen Fachschullehrern, die anderweitig nicht in einem Arbeitsrechtsverhältnis stehen, darf der Umfang des Unterrichts 10 Wochenstunden nicht überschreiten.

(4) Durch den Honorarvertrag wird der Betreffende nebenamtlicher Fachschullehrer gemäß den §§ 1 und 14 der Verordnung vom 4. Juli 1962 über die Rechte und Pflichten der Fachschullehrer der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. II S. 465).

(5) Der Direktor der Fachschule ist verpflichtet, bei Abschluß eines Honorarvertrages mit einem nebenamtlichen Fachschullehrer, der anderweitig in einem Arbeitsrechtsverhältnis steht, zu überprüfen, ob die Genehmigung des Leiters des Betriebes bzw. der Einrichtung mit dem das Arbeitsrechtsverhältnis besteht, zur Ausübung der nebenamtlichen Tätigkeit an der Fachschule vorliegt.

(6) Der Honorarvertrag ist schriftlich abzuschließen. Die zu übernehmende Tätigkeit ist exakt festzulegen. Der Honorarvertrag ist kein Arbeitsertrag.

§ 2

(1) Die Ü beinah me einer Unterrieh tstätigkelt schließt die gewissenhafte Vor- und Nachbereitung des Unterrichts ein.

(2) Dazu gehören insbesondere folgende Verpflichtungen, die auch mit dem Stundenhonorar abgegolten sind:

- Nachweis der Tätigkeit im Klassenbuch,
- ständige Leistungskontrolle,
- Korrektur und Beurteilung von Klassenarbeiten, Haus- und Belegarbeiten sowie die Durchführung

» S. BB (GBl. II 1961 Nr. 37 S. 107)